

## **Beschlussprotokoll**

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz**

54. Sitzung  
12. März 2025

Beginn: 14.00 Uhr  
Schluss: 17.00 Uhr  
Vorsitz: Herr Abg. Sebastian Schlüsselburg (SPD, stellv. Vorsitzender)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Senat wird durch Frau Senatorin Dr. Badenberg (SenJustV) repräsentiert.

Der amtierende Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Homepage des Abgeordnetenhauses als Stream übertragen werde und überdies im Nachgang auf der Homepage des Abgeordnetenhauses über die Mediathek abrufbar sei.

Er stellt fest, dass die Pressevertreterinnen und Pressevertreter Bild- und Tonaufnahmen dieser öffentlichen Ausschusssitzung gemäß Art. 44 Abs. 1, S. 2 der Verfassung von Berlin i. V. m. § 4 Abs. 3 und Abs. 2, S. 2 der Hausordnung der Präsidentin vom 17. März 2023 anfertigen dürfen.

#### Punkt 1 der Tagesordnung

##### **Aktuelle Viertelstunde**

Gemäß Punkt 4, Abs. 5 der Verfahrensregeln des Ausschusses vom 24. Mai 2023 ruft der amtierende Vorsitzende die folgenden schriftlich eingereichten Fragen der Fraktionen in der Reihenfolge ihres zeitlichen Eingangs auf. Frau Senatorin Dr. Badenberg (SenJustV) beantwortet diese sowie spontane, mündliche Nachfragen der Ausschussmitglieder (zu den Einzelheiten vgl. Inhaltsprotokoll):

- „Wurde die im Einzelplan 06 verbuchte und bisher verbliebene Pauschale Minderausgabe bereits vollständig aufgelöst und – wenn ja – wie genau?“  
(Bündnis 90/Die Grünen)

- „Wie bewertet der Senat anlässlich des am gestrigen 11. März erfolgten wiederholten Freikaufs von Gefangenen in ganz Deutschland, die überwiegend wegen Fahrens ohne Fahrschein eine Ersatzfreiheitsstrafe verbüßen, die Arbeit des Projekts ‚Freiheitsfonds.de‘ des Vereins ‚Offene Tore e.V.‘ vor allem vor dem Hintergrund, dass die Ersatzfreiheitsstrafe besonders mittellose Menschen unverhältnismäßig bestraft?“  
(SPD)
- „Welche konkreten Maßnahmen plant der Senat, um den Konflikt zwischen den Anforderungen des Denkmalschutzes und den Erfordernissen eines modernen Strafvollzugs in historischen Justizvollzugsanstalten wie der JVA Tegel in Berlin zu lösen?“  
(AfD)
- „Was unternimmt der Senat zur Verkürzung der Dauer asylgerichtlicher Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin?“  
(CDU)

## Punkt 2 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Drucksache 19/1293

[0138](#)  
Recht

### **Fortbildung von Richter\*innen: Gesetz zur Änderung des Richtergesetzes des Landes Berlin**

Hierzu: Anhörung

Der amtierende Vorsitzende weist auf Folgendes hin:

- Der Ausschuss habe sich im Vorfeld der Sitzung auf die Durchführung einer Anhörung verständigt.
- Bei Punkt 2 handele es sich um einen Gesetzesantrag aus der Mitte des Abgeordnetenhauses nach Art. 59 Abs. 2, 2. Alt. der Verfassung von Berlin, der von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eingebracht worden sei. Bei Gesetzesanträgen aus der Mitte des Abgeordnetenhauses sei das federführende Senatsmitglied nach § 43 Abs. 1 der Gemeinsamen Geschäftsordnung für die Berliner Verwaltung / Besonderer Teil (GGO II) gehalten, eine schriftliche Stellungnahme vor der Ausschussberatung dem Ausschussvorsitzenden zuzuleiten. Diese Stellungnahme von Frau Senatorin Dr. Badenberg (SenJustV) liege vor und sei am 19. Januar 2024 und nochmals am 10. März 2025 per E-Mail an den Ausschuss übermittelt worden.

Auf Hinweis des amtierenden Vorsitzenden hin reicht die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu ihrem eigenen Antrag – Drucksache 19/1293 – einen Änderungsantrag mit einem neuen Datum des Infratretens ein, da dieses Datum mittlerweile verstrichen ist (Anlage).

Der Ausschuss beschließt gemäß § 26 Abs. 7, S. 4 GO Abghs einvernehmlich, ein Wortprotokoll wegen der zu erfolgenden Anhörung anfertigen zu lassen.

Frau Abg. Dr. Vandrey (Bündnis 90/Die Grünen) begründet den Antrag.

Frau Senatorin Dr. Badenberg (SenJustV) nimmt einleitend Stellung.

Der Ausschuss hört folgende Anzuhörende:

- Herrn Dr. Hendrik Maroldt, Richter am Kammergericht Berlin,
- Frau Paula Riester, Richterin am Amtsgericht und Pressesprecherin für den Bereich Zivilrecht am Kammergericht Berlin und
- Herrn Norbert Wennmacher, Bundesfachvorstandsmitglied für den Bereich Justiz der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und Vorsitzender Richter am Landesarbeitsgericht Sachsen-Anhalt

an.

Herr Wennmacher nimmt per Videokonferenz an der Anhörung teil.

Überdies hört der Ausschuss als Sachverständige der Verwaltung Frau Dr. Anja Teschner, die Präsidentin des Gemeinsamen Juristischen Prüfungsamtes der Länder Berlin und Brandenburg an.

Frau Dr. Teschner wurde durch Frau Senatorin Dr. Badenberg (SenJustV) in diese Sitzung aufgrund einer Entsendungsbitte des Ausschusses entsendet.

Im Rahmen der Beratung nimmt Frau Senatorin Dr. Badenberg (SenJustV) erneut Stellung.

Der Ausschuss beschließt, entsprechend den Usancen des Ausschusses bei Anhörungen, einvernehmlich, Punkt 2 zu vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann.

### Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Situation der Anwaltschaft und der  
Verfahrensentwicklung in der Sozialgerichtsbarkeit**  
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der  
SPD)

[0225](#)  
Recht

Herr Abg. Lehmann (SPD) und Herr Abg. Herrmann (CDU) begründen den Besprechungsbedarf.

Nach der Beratung, in deren Rahmen Frau Senatorin Dr. Badenberg (SenJustV) und Herr Dr. Lux (Mitarbeiter im Referat ZS B - Gerichtsverfassungsrecht; Organisation, Personalbedarfsberechnung und Statistik der Gerichte und Strafverfolgungsbehörden; Steuerungsdienst,

Personal- und Organisationsentwicklung, Fortbildung, Wissensmanagement, Gesundheitsmanagement / SenJustV) Stellung nehmen, schließt der Ausschuss die Besprechung zu Punkt 3 ab.

#### Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0226](#)  
**Stand des geplanten Pilotprojektes** [Recht](#)  
**Onlineklageverfahren am AG Schöneberg**  
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

Herr Abg. Herrmann (CDU) und Herr Abg. Lehmann (SPD) begründen den Besprechungsbedarf.

Nach der Beratung, in deren Rahmen Frau Senatorin Dr. Badenberg (SenJustV) und Herr Schwalbe (Mitarbeiter im Referat II D - Informations- und Kommunikationstechnik der Gerichte und Strafverfolgungsbehörden, IT-Stelle / SenJustV) Stellung nehmen, schließt der Ausschuss die Besprechung zu Punkt 4 ab.

#### Punkt 5 der Tagesordnung

##### **Verschiedenes**

Der amtierende Vorsitzende weist darauf hin, dass im Laufe der Sitzung der folgende Besprechungspunkt:

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0230](#)  
**Hunderasseliste in Berlin: Auswirkungen und** [Recht](#)  
**Alternativen**  
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

angemeldet und den Mitgliedern des Ausschusses unverzüglich per E-Mail übermittelt worden sei.

Die Koalitionsfraktionen der CDU und SPD beantragen, zu dem o. g. Besprechungspunkt eine Anhörung gemäß § 28 Abs. 1 GO Abghs in der kommenden Sitzung am 26. März 2025 durchzuführen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und AfD bei Enthaltung der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke, diesen Verfahrensantrag anzunehmen.

Der amtierende Vorsitzende teilt mit, dass aufgrund der Abwesenheit des Vorsitzenden heute keine Runde der Sprecherinnen und Sprecher im Anschluss an die Sitzung stattfinden werde.

Er bittet die Fraktionen um Vorschläge zu der Tagesordnung der kommenden Sitzung zu den Themen Verbraucherschutz und Tierschutz bis spätestens zum 18. März 2025.

Er führt aus, dass bereits feststehe, dass das am 26. Februar 2025 im Ausschuss eingegangene verfassungsgerichtliche Verfahren mit der Vorgangsnummer 0228 als Punkt 2 aufgrund der Fristgebundenheit und Dringlichkeit beraten werden müsse.

Im Übrigen werde der Vorsitzende auf der Basis der eingehenden Vorschläge der Fraktionen eine Tagesordnung nach § 25 Abs. 3, S. 1 GO Abghs erstellen und herausgeben.

Die nächste 55. Sitzung findet am Mittwoch, den 26. März 2025, um 14.00 Uhr statt.

Der Vorsitzende

Die Schriftführerin

Sebastian Schlüsselburg  
(stellv. Vorsitzender)

Dr. Petra Vandrey

## **Änderungsantrag**

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 19/1293

### **Fortbildung von Richter\*innen: Gesetz zur Änderung des Richtergesetzes des Landes Berlin**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Antrag auf Drucksache 19/1923 wird mit folgender Maßgabe, im Übrigen unverändert, angenommen:

Artikel 2 wird wie folgt gefasst:

„Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2026 in Kraft.“